



WIR GESTALTEN DAS INTERNET.



Verband der deutschen
Internetwirtschaft e.V.

LEITLINIEN FÜR DIE ZUKÜNFTIGE AUSGESTALTUNG DER INTERNET-GOVERNANCE

Berlin, 18. März 2014

eco – Verband der deutschen Internetwirtschaft e.V. versteht sich als Interessenvertreter und Förderer aller Unternehmen, die mit oder im Internet wirtschaftliche Wertschöpfung betreiben. Der Verband vertritt derzeit rund 700 Mitgliedsunternehmen. Hierzu zählen unter anderem ISP (Internet Service Provider), Carrier, Hard- und Softwarelieferanten, Content- und Service-Anbieter sowie Kommunikationsunternehmen. eco ist damit der größte nationale Internet Service Provider-Verband Europas.

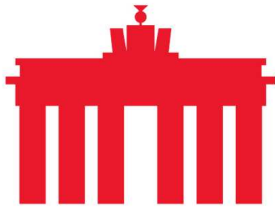
Die Europäische Kommission hat am 12. Februar 2014 eine Mitteilung (COM(2014) 72 final) zu Internet-Politik und Internet-Governance veröffentlicht. Mit der Mitteilung soll ein Grundstein für eine gemeinsame europäische Position und Zielvorstellung für Internet-Governance bei den anstehenden weltweiten Verhandlungen, wie der NETmundial Konferenz in Sao Paulo (April 2014) und dem Internet Governance Forum (Ende August), gelegt werden. Der Vorschlag der Kommission soll mit dem Europäischen Parlament und dem Rat weiter ausgearbeitet werden.

eco begrüßt den Vorschlag der Kommission als wichtigen Beitrag zu den anstehenden internationalen Verhandlungen zu Internet-Governance und zur zukünftigen Ausgestaltung des Internet.

Unsere Mitgliedsunternehmen sind auf sichere, stabile, robuste und interoperable Internet-Infrastrukturen angewiesen und sind auch an der technischen Entwicklung, der Bereitstellung, sowie dem technischen und administrativen Betrieb des Internet aktiv beteiligt.

Gerade in letzter Zeit haben sich zunehmend einander widersprechende und unterschiedliche Vorstellungen über Internet-Governance und der zukünftigen Ausgestaltung des Internet entwickelt. Tendenzden und Bestrebungen zur Etablierung neuer regionaler und nationaler Governance-Strukturen, die zu einer Segmentierung und Zersplitterung des Internet führen könnten, zeichnen sich ebenfalls ab.

Vor dem Hintergrund der globalen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bedeutung des Internet ist ein Dialog zwischen allen Akteuren, durch Regierungen, den Privatsektor und die Zivilgesellschaft, über die zukünftige Entwicklung und Ausgestaltung der globalen Internet-Governance notwendig. Dies erfordert ein gemeinsames Grundverständnis aller beteiligten Akteure über nachhaltige, verlässliche und kohärent ausgestaltete Internet-Governance-Grundsätze und Prinzipien.



Die von der Europäischen Kommission in ihrer Mitteilung veröffentlichten Empfehlungen bieten, ebenso wie die im April dieses Jahres anstehende NETmundial Konferenz in Brasilien, hierfür einen guten Ausgangspunkt.

eco möchte sich mit den nachfolgenden Grundprinzipien und Leitlinien an dem Dialog und der Diskussion über die zukünftige Ausgestaltung der Internet Governance einbringen und hierzu erste Impulse geben.

- **Eine sichere, stabile und robuste sowie vertrauenswürdige Netzarchitektur**

Die Sicherheit, Stabilität, Belastbarkeit und Widerstandsfähigkeit sowie Vertrauenswürdigkeit der Internetinfrastruktur und Netzarchitektur ist von elementarer Bedeutung, gewährleistet die Innovationsfähigkeit des Internet und bildet die Grundlage für wirtschaftliches Wachstum und ein prosperierendes digitales Ökosystem.

- **Offenheit, Transparenz und Dezentralität**

Das Internet ist ein globales Netzwerk, das aus einer Vielzahl verschiedener sowohl nationaler als auch grenzüberschreitender Netzwerke besteht und per Definition ein internationales Netzwerk bildet. Die freie und offene sowie dezentrale Struktur des Internet ist eine Grundvoraussetzung für die gleichberechtigte, chancengleiche und demokratische Partizipation und Teilhabe Aller. Eine Segmentierung und Zersplitterung des Internet durch Aufgabe des any-to-any Prinzips würde nicht nur der globalen Struktur widersprechen, sondern könnte die weltweite Erreichbarkeit und Interoperabilität der Netzwerke, die technische, organisatorische, wettbewerbliche und wirtschaftliche Funktionsfähigkeit des Internet gefährden, sowie sich auch negativ auf seine Innovationsfähigkeit, den Wettbewerb, die Entwicklung neuer Geschäftsmodelle und die Vielfalt auswirken.

- **Fortsetzung der erfolgreichen Selbstverwaltung des Internet**

Die Ressourcen und die Standards des Internet werden durch die Internet Community verwaltet. Organisiert ist diese insbesondere in der ICANN, die sich u.a. um die Top-Level-Domain- und IP-Adressen-Vergabe kümmert, wie auch in den Standardisierungsgremien der Internet Society (ISOC), der Internet Engineering Task Force (IETF) und des World Wide Web Consortiums (W3C). Die Selbstverwaltung des Internet hat in den vergangenen Jahren zu einem beispiellosen Wachstum der Nutzerzahlen und des Netzwerks selbst geführt. Gerade aufgrund der erfolgreichen und bewährten Selbstverwaltung, die ohne eine strukturelle Aufsicht durch staatliche oder zwischenstaatliche Einrichtungen funktioniert, konnte sich das Internet zum vorrangigen Daten- und Kommunikationsnetz entwickeln, dessen globale Bedeutung als gesellschaftliche, soziale und wirtschaftliche Plattform evident ist.

- **Keine Regulierung durch Technik oder durch die Internetwirtschaft**

Die grenzüberschreitende Dimension des Internet bringt Herausforderungen mit sich, die nicht zwingend internetspezifisch sind. Die damit verbundenen sozialen, ökonomischen



mischen und politischen Herausforderungen müssen von den Regierungen durch multilaterale Abkommen und Vereinbarungen gelöst werden. Gesetze und Normen müssen rechtsstaatlichen Grundsätzen entsprechen. Die Staaten müssen sicherstellen und gewährleisten, dass sie ihren Verpflichten nach dem Völkerrecht und internationalen Abkommen und Vereinbarungen nachkommen.

▪ **Etablierte Internet-Governance Strukturen ausbauen und verbessern;
Fortführung und Stärkung des Multi-Stakeholder-Modells**

- Auf dem World Summit on the Information Society (WSIS) wurde die Tunis Agenda von 2005 verabschiedet. Auf Basis der Tunis Agenda wurde über eine Vielzahl verschiedener Governance Grundsätze und Strukturen diskutiert und vertreten. Dies hat in der Vergangenheit zu einem Reformstau bei Internet Governance geführt. Die bisherigen Ansätze und Bestrebungen konnten die Fragestellungen der Internet Governance teilweise nicht zufriedenstellend lösen. Erforderlich ist daher ein legitimationsstiftender Prozess für die an Internet Governance beteiligten Institutionen und Akteure.

- Für einen ziel- und problemorientierten Dialog sollte auf bestehende Strukturen, Foren, Gremien und Organisationen aufgebaut werden. Als eine geeignete Diskussionsplattform für Fragestellungen der Governance hat sich unter anderen das Internet Governance Forum der Vereinten Nationen etabliert. Das Multi-Stakeholder-Modell hat sich als ein bewährtes Konzept für den Dialog unterschiedlicher Akteure zu Fragestellungen der Internet-Governance erwiesen. Um den Multi-Stakeholder-Prozess weiter fortzuentwickeln und die Nachhaltigkeit des Modells zu stärken, sollten die von der Kommission vorgeschlagenen Kriterien und Anforderungen (Transparenz, Einbeziehung, Ausgewogenheit, Rechenschaft) berücksichtigt werden. Die von der Europäischen Kommission geplante Entwicklung eines "Global Internet Policy Observatory (GIPO)", einer Internet-Politik-Beobachtungsstelle, als weltweite Ressource, die gebündelt Informationen in diesem Bereich einem breiteren Publikum zur Verfügung stellen soll, kann ebenfalls einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Einbeziehung und Mitwirkung leisten.